

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Darg 42-44. Fernruf 1047.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Darg 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl. 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3,50 Mk., ohne Anstellungsgeld. Anzeigen jeden Werttag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreispaltigen Textzeilell.

Sowjet-Rußland an das Weltproletariat.

Alle Hoffnungen der Feinde Sowjet-Rußlands, die sich an das schließliche, mit fatalen politischen Ereignissen in Moskau erklärte Schweigen der dortigen Funktionäre knüpfen, sind zu schanden geworden: der Sturm ist nicht in die Luft gesprengt, Lenin nicht lebendiges Leibes zur Hölle gefahren. Am Sonnabend hat Moskau, wie Manchester Guardian in seiner sechsten eingetragenen Nummer vom 17. Mai meldet, das einwöchige Schweigen gebrochen. Eine der ersten Rundgebungen der Moskauer Funktionäre war folgender:

An die Proletarier aller Länder!

geleiteter Appell:
„Sollten wir einen Krieg begonnen und dem Zweck, die ukrainischen Bauern auszuschlachten und ihre Land den polnischen Grundbesitzern in die Hand zu spielen. Sollen wir nicht in den Krieg ein, um Sowjet-Rußland, das schon infolge des Vorgehens der Kapitalisten der alliierten Länder am Boden liegt, eine ungeheure Kriegentlastung aufzuerlegen. Die Schuld an diesem neuen Krieg tragen die Regierungen aller alliierten Länder. Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas, Transportarbeiter, Eisenbahnen, Posten und Seelen! Greift keine einzige Waffe her, befehligt keinen Quantität oder Kriegswort an Polen. Weht auf die Straßen, demonstriert und kreist mit dem Motto: Wieder mit der Unterstützung der polnischen Weichen Gorden!“

Rechtssozialistische Helfershelfer der Reaktion Württembergische Soldatenkollone sprengt eine Demonstration.

Berlin, 21. Mai (Eigene Drahtmeldung). Gestern mittags fand in Stuttgart auf Anforderung der SPD eine gewaltige Demonstration für Sowjet-Rußland statt. An der sich über 20000 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Der rechtssozialistische Minister Gelmann hatte vor der Demonstration anfinfälligen laien, daß auf Grund irgend einer alten württembergischen Polizeiverordnung Versammlungen unter freiem Himmel in bewohnten Ortschaften verboten seien. Während der Rede unseres Genossen Dittler rüdten von zwei Seiten her mit Maschinengewehren und aufgeschätzten Seitengewehren von Gelmann entsandene Weichwörteruppen zur Zäuberung des Marktplatzes, an dem die Demonstration stattfand, an und trotz gewaltiger Empörung und Erregung, die sich der feindlich demonstrierenden bemächtigte, gelang es, Untertanen zu vermeiden. Die Reichshüter, deren Ansehens aus mit Reichswehr und Gummiknüppeln ausgestattet waren, herrschten den Markt von allem Verkehr mit Drahtseilen ab. Der Vorübergehender von Stuttgart war, wie er erklärte, von dem beherrschten Vorgehen der Reichshüter nicht unterrichtet. Die gesamte Bürgerkraft war empört über das Vorgehen der Truppen. Das Telephon unseres Parteibüros war gestern vom Ministerium gesperrt und überhört. Der Stempel der Zensurung ist um so stärker, als eine große soziale Veranstaltung, die bis etwa 14 Tagen auf dem Stuttgarter Marktplatz stattfand, ungeachtet gelassen wurde.

Polnische Niederlage an der Dina.

Stockholm, 19. Mai. Ein Moskauer Rundfunk meldet aus Warschau: Die Rote Armee hat bei Polozk die Dina überschritten. Die polnischen Banden ziehen sich zurück. Die Revolver begreift die Rote Armee, die sie vom Joch der polnischen Magnaten befreite, freudig. — Die Polen melden von der Dina, daß die Rote Armee sich in die Dina hineingeworfen hätten und angreifen. Wie wenig sie die Russen zurückgeschlagen worden. — Wie zu erwarten war, folgten aus der Ukraine bereits Meldungen über Greuelthaten polnischer Militärs gegen ukrainische Volksteile.

Warschau, 19. Mai. (Heuter.) Der Feind fährt fort, seine Truppen in der Umgebung von Mierz zu konzentrieren. Ein Blick der Dina haben die polnischen Truppen sich nach langen Kämpfen unter dem Druck der feindlichen Heeres auf eine neue Verteidigungslinie zurückgezogen.

Polnische und russische Kriegerführung.

Aufforderung zur Menschlichkeit.
In einem Tagesbefehl, den Trotsky am 18. Mai an alle Truppen der West- und Südwestfront gerichtet hat, heißt es:
„Unter allen Umständen sind Gefangene und Verwundete als Gegner, die Widerstand auf Ehre haben, zu behandeln. Wenn die polnischen Weichen Gorden Haken zerfallen und nicht nur Kommandanten, sondern schon Weichen erschaffen, der in ihre Hand fällt, die mit Sowjet-Rußland die besten Brüder sind und nicht die polnischen Arbeiter, heißt beanstandlich machen. Jede polnische Weiche, die sich weigert, ist ein Feind. Jeder Angriff gegen die polnischen Weichen verboten.“
Mehrfach stellt sich hiergegen die Verbrechen von Abenteurern nicht an irregulären polnischen Arbeitern zu verzeihen.

Hungerdemonstration in Böhmen.

Prag, 19. Mai. Nach einem Bericht der Bohemia kam es in Kohlebe zu Hungerdemonstrationen, bei denen der Bezirks-

hauptmann verwundet wurde. Mehrere Sicherheitskolonnen und Gendarmen wurden entwaffnet und zum Teil mißhandelt.

In Hamburg kam es bei einer Straßenkundgebung Arbeiterlosler und Ausgesperrter in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei und Sicherheitswehr, bei dem drei Personen getötet und zehn verwundet wurden. — Auch in Neu-Deutschland betrachtet es der neue Polizei-Militarismus als seine würdigste Aufgabe, hungernde Arbeitslose niederzufallen.

Schiedsgerichte — Streitabwägung. Gefahren der geplanten „Schlichtungsordnung“.

Leipzig, 20. Mai.
Das amtliche Schiedsgericht für Arbeiterkreditstellen hat aus Anlaß des gegenwärtigen Zustandes der Eisenarbeiter und Seelen des Transportarbeiterverbandes zu 300000 Kronen, den Seelenverband zu 400000 Kronen und den Gezeirverband zu 300000 Kronen Geldstrafe verurteilt wegen Verletzung des ungeschlichen Ausnahmengesetzes.
Dieses Urteil zeigt den deutschen Arbeitern, was sie zu erwarten haben, wenn die neue Schlichtungsordnung Gesetz wird. Auch sie sieht dramatische Bedrohungen vor für sogenannte „ungeschliche“ Streiks, d. h. für Streiks, die nicht die Sanktion der hochpöhlischen Regierungsbehörde gefunden haben. Da nämlich der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von der obersten Landesbehörde ernannt wird, ist es klar, daß er im Verein mit den Unternehmerbeihilgen jeden Streik niederstimmen wird. Das bedeutet das Ende des Koalitionsrechts der Arbeiter- und Angestelltenhilfe. Dieses „Antikriegsrecht“, das unter dem verächtlichen Namen Schlichtungsordnung das Licht der Welt erblickt hat, muß von der Arbeiter- und Angestelltenhilfe nicht bezweifelt werden. Die Wahlen am 6. Juni geben die beste Gelegenheit, den großindustriellen Schürmachern und ihren rechtssozialistischen Helfershelfern in der Regierung einen solchen Dornstachel zu verstreuen, daß ihnen jeder Versuch der Annäherung der elementarsten Rechte der arbeitenden Klasse vergeht.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung). Heute nachmittag haben im französischen Handelsministerium in Paris die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Ein Meinungsaustrausch über den Gegenstand der Beratungen und die Geschäftslage erab billiche Heberentimmung. Sodann traten die beiderseitigen Sachverständigen zu Einzelgesprächen zusammen.

Putschvorbereitungen in Breslau.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung). Gestern gelang es der Polizei, in Breslau eine Versammlung des Schleifischen Landbundes und dem Nationalen Soldatenbund auszuheben, in der von der Vorbereitung des neuen Rechtsputches gesprochen wurde. Seit und 5 Wochen sind um Breslau Truppen zusammengezogen worden. Erst in den letzten beiden Tagen kamen in Rattowitz zwei neue Infanterie-Regimenter an, so daß die Stadt militärisch vollständig eingeschlossen ist. Auch die Freireisenden, Posten und Wachen, die sich sämtlich am Rapp-Busch versammelt haben, sind aktionsbereit in der Nähe Breslaus aufgestellt. In der gehalten aufgehobenen Versammlung wurde erklärt, daß die Organisation aller Fortschritte mache und neben hollenbet. Man will loslöschen, falls die Rechtsabstimmung für die Rechtsparteien ungünstig ausfallen. Die Polizei benutzte sich zunächst mit Verhaftung der vorhandenen Älten des Schleifischen Landbundes und Nationalen Soldatenbundes.

Wer befördert wird.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung). Der als Nachfolger Reuters zum Kommandanten des 6. Weichsregiments in Münster ernannte General v. Schöberl hatte es in den Vorkämpfen abgelehnt, eine Erklärung für die verfassungsmäßige Regierung abzugeben, vielmehr den Ruch durch öffentlichen Erlaß bekräftigt und einen Aufruf, in dem der Abwehrzeit Oberkommande die Truppen an ihren Treueid erinnert, verboten. Mit Ludwig und Werner fand er in telephonischen Verkehr. Der Regierung ist das Material aus bekannt — benützt die Vorbereitung.

Pogrome in Budapest.

Wieder kommen entsetzenerregende Nachrichten aus der Hauptstadt des Donau-Imperiums, des ungarischen Landes, in dem der Weiche Schrecken tollt und jede freie Bewegung niedergedrückt ist. Dem Weichen Tagelöhner in Budapest wird die Freiheit wieder in der Stadt von Dienst zu Mittwoch dieser Woche kam es an vier Stellen der Stadt Budapest zu schweren jüdenfeindlichen Ausschreitungen. Die Urheber dieser Pogrome, in deren Verlauf viele Juden erschossen und verwundet wurden, waren die „Brachallanten“, Anhänger Fortins und seiner reaktionären Genossen. Einige Tage vorher hatten in der ungarischen Stadt Solofol ähnliche blutige Exzesse gegen die Juden stattgefunden. Aber beide Ereignisse bewahrt die Budapester Presse Schweigen, teils, weil sie unter Zensur steht, teils, weil sie ihnen zustimmt.
Die ungarische Kulturbarbare stinkt zum Himmel. Die Verantwortung für diese unfähige und endlose Verderben trägt die Entente, die die Sowjet-Republik Ungarn erzwangte und der Reaktion freies Spiel ließ.

Die Partei der Gegenrevolution.

II.
Nicht minder verlogen als in der Weigerung über den Schmachtriefen ist der Wohltauf der Deutschnationalen, wenn er die Reichs- und der Deutschnationalen am Rapp-Busch frech leugnet. Die erste Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei vom 13. März war eine wenn auch noch ängstlich zurückhaltende — die Sache konnte ja noch leicht gehen — Anerkennung und Unterstützung der „neuen Regierung“, wie die Rapp-Beilage in diesem Dokument ausdrücklich genannt wurde. Es enthält kein Wort der Ablehnung des Ruffches, dagegen doch sehr eindeutige Versprechen, „mitzuarbeiten“. Diese Kundgebung genügt vollkommen, zu erreichen, daß die Deutschnationalen durchaus bereit gewesen sind, den Ruffch anzuerkennen und von ihm zu profitieren, wenn er Erfolg gehabt hätte, daß sie ihm diesen Erfolg lebhaft gewünscht haben. Zudem sind die Rapp, Littwitz, Traub, v. Jagow, Debeder und zweifelhafte Deutschnationale. Aber es liegen noch viel härtere Beweise für ihre fäppische Gefinnung dieser Partei vor. Dort, wo sie an den Erfolg des Ruffches glaubten, in Schiften und Aufpreußen, haben die Deutschnationalen sich weniger vorichtig ausgeprochen. In Schiften wurde der deutschnationale Abgeordnete v. Kessel von den Rappisten zum Oberpräsident ernannt und amtierend am Eiser. Der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei für Mittelschlesien erließ am 13. März eine Kundgebung, in der es hieß:
„Der Deutschnationale Landesverband Mittelschlesiens begrüßt es mit tiefer Befriedigung, daß die Staatsgewalt in die Hand von Männern übergegangen ist, die gemäß ihm, unter Vaterland von dem drohenden Untergang zu retten. Er bringt ihnen sein volles Vertrauen entgegen und ist überzeugt davon, daß die neue Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat. Sie will in unserm gerüttelten Staatswesen die Ordnung wieder herstellen, deutsche Ehrlichkeit und deutschen Fleiß wieder zur Geltung bringen und unsere Wirtschaft wieder aufbauen.“
Der Kreisverein Königsberg Stadt der Deutschnationalen Volkspartei erließ einen Aufruf An unsere Mitbürger, worin es hieß:
Die neue Regierung hat ein Programm der Ordnung, Freiheit und Tat bekräftigt. ... Jeder national gefinnene Deutsche muß es als seine Pflicht ansehen, die neue Regierung bei ihrer schweren Aufgabe mit allen Kräften zu unterstützen, mit ihr für Ordnung, Freiheit und Recht einzutreten und, wenn es notwendig ist, zu kämpfen. ...

Die Mitglieder des Kreisvereins Löben der Deutschnationalen Volkspartei sandten dem Rapp folgendes begeistertes Telegramm:
Sich darauf, daß ein Sohn der Provinz den Mut zur befreienden Tat gefunden, geloben wir, Ein. Gelingen und der neuen Regierung treue Mitarbeit zur Aufrechterhaltung wahrer Freiheit und Ordnung im Sinne sozialer Gerechtigkeit.
Vorher hatte einer ihrer Führer eine flammende Rede gehalten, in der es u. a. hieß:

„Ein Anführer, ein Schrei der Erleuchtung zing dazu weite Teile des deutschen Volkes, als der Tracht vorzugehen die Rechtsnachbar, daß jeder gute deutsche Mann die Tat vollziehen haben, nach der seit feindlichen Monarchen sich jedes deutsche Herz gefehlt hatte. ... Ein Gefühl beherzt uns in diesen Tagen, das Gefühl untrüglichen Dantes gegen Gott, daß unsere heiligen Geleite andig erhebt hat und gegen die Männer, die diese Tat vollbracht haben. ... Wir Deutschnationalen erkennen uns freudigen Gehens zu der Wendung der Dinge. ...

Diese Kundgebungen sprechen das offen aus, was alle Deutschnationalen mit der Nachricht vom Rapp-Busch empfinden, was die Verantwortlichen nur nicht gleich aussprechen wollten. Hebrigens haben auch der Bund der Landwirte in Schlesien-Polstein und der Landbund in Pommern, Organisationen, über deren zuverlässige deutschnationale Gefinnung kein Zweifel ist, Vertrauensfundgebungen für die Staatsfreierler losgeschossen.
Es geht ganz und gar in dieses Bild voll Unaufrichtigkeit und Demagogie, wenn der Wohltauf der Partei vom 1. Mai sorgfältig ein sehr wesentliche Ziel, die Wiederaufrichtung der Monarchie, verheimlicht. In einem „Wahlprogramm“, das am 18. April herausgegeben wurde, das aber hinsichtlich der in der Öffentlichkeit mit sehr sparsam verbreitet wurde, ist das folgende Bekenntnis enthalten:
„Monarchie.“

Die monarchische Staatsform der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Heber der Parteien liebend, bekräftigt die Monarchie am liebsten die Einheit eines Volkes, den Schutz der Minoritäten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unverletzlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entscheidung über ihre Staatsform haben. Für das Reich erstrebt wir die Errichtung des von den Hohenzollern angetridenten deutschen Kaiserreichs.“
In dem Wahlaufrufe, der am 1. Mai erging, ist dieses Bekenntnis unter dem Tisch gefallen. Auch nicht der letzte, wichtige Hinweis befindet sich darin, der erkennen ließe, daß die Partei die Wiederherstellung der Monarchie, des hohenzollernischen Kaiserreichs erstrebt! Was sie sonst oft genug laut im Kreise der Gewerkschaften verhandelt haben — so u. a. auf ihrem ersten Parteitag in Berlin am 12. und 13. Juli 1919, wo der Staatsminister a. D. Bergel der Reichsregierung v. Brüning, der Graf Westphal immer wieder die Monarchie als Ziel aufstellten — das verschweigend im

